

**Motion Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärker, SP) vom 24. Juni 2004: Re-Job! Recycling: ökologisch - ökonomisch - sozial; Fristverlängerung**

In seiner Antwort vom 25.3.2004 auf das Postulat der SP / JUSO betreffend Recycling von Gegenständen aus dem Grobsperrgut erklärte sich der Gemeinderat grundsätzlich bereit, das Anliegen zu unterstützen. Die weiteren Abklärungen ergaben, dass die Vorstudien zur Realisierung der zwei grossen Entsorgungshöfe bereits weit gediehen sind. Demnächst sollen dem Parlament Kreditvorlagen für die Planung und den Grundstückskauf vorgelegt werden. Diese Vorlagen werden durch die PVT erarbeitet. Die Planung und Umsetzung des Recyclingprojekts ist aber nicht allein mit der federführenden PVT zu realisieren, sondern betrifft mit dem sozialen Teil des Projekts den Aufgabenbereich der DSO, konkret den ‚Bereich Arbeit‘, der ökologische Aspekt involviert allenfalls auch die BUI (Stichwort LA21).

Die Projektschwerpunkte sind sowohl sozial (sinnvolle und vielfältige Einsatzplätze für Langzeiterwerbslose) als auch ökologisch (Sensibilisierung für Recyclingthematik) und ökonomisch (sparsamer Umgang mit Ressourcen) ausgelegt. Dazu gehören folgende Elemente:

- Material-Triagestelle
- Führen eines Recyclingladens, wenn möglich mit Beizli
- Aufbau einer ‚Konzeptwerkstatt‘ für Aktivitäten und ökologische Sensibilisierung im Zusammenhang mit ausrangiertem Material (Künstlerworkshops, Kinderaktivitäten, Unterstützung und Zusammenarbeit mit ähnlichen Vorhaben in Quartieren etc.)

Folgende Eckpunkte sind im Rahmen der Projektentwicklung zu klären:

- Organisation / Trägerschaft / Verantwortung (Aufbauorganisation)
- betriebliche Organisation und Abläufe (z.B. Materialannahme direkt von Kunden des Entsorgungshofs, Triage nach ‚Recyclingladen‘ oder ‚anderen für Erwerbslosenprojekt verwendbaren Materialien‘ oder Weitergabe an den Entsorgungshof)
- Anzahl Projektplätze für Langzeiterwerbslose und Arbeitsplätze für Betreuende
- Flächen- und Parkplatzbedarf
- Finanzbedarf und Finanzierung

**Auftrag:**

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Stadtrat eine Kreditvorlage für die Realisierung des Projekts ‚ReJOB‘, Recycling von Gegenständen aus dem Grobsperrgut als Teil der Entsorgungsstandorte und / oder des Entsorgungskonzepts zu unterbreiten. Dabei kann er dem Bereich Arbeit oder einer anderen Fachstelle den Auftrag zur Erarbeitung eines Detailprojekts erteilen (unter Einbezug der Erfahrungen anderer, wie z.B. dem Projekt ‚Ökihof‘ in Zug).

Soweit der Gegenstand der Motion im Bereich der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Bern, 24. Juni 2004

*Motion Fraktion SP / Juso (Sabine Schärner, SP); Margrith Beyeler-Graf, Raymond Anliker, Andreas Zysset, Andreas Flückiger, Liselotte Lüscher, Oskar Balsiger, Peter Blaser, Margareta Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Markus Lüthi, Rolf Schuler, Béatrice Stucki, Beat Zobrist, Christian Michel, Guglielmo Grossi, Corinne Ma-thieu*

### **Bericht des Gemeinderats**

Zurzeit betreibt die Abfallentsorgung vier Entsorgungshöfe. Im Rahmen der Umsetzung des Abfallkonzepts 2003 war vorgesehen, diese durch zwei grosse Entsorgungshöfe auf neuen Terrains zu ersetzen. Im Februar 2006 wurde der Entsorgungshof Nord von der Stimmbevölkerung abgelehnt. Auch für einen Entsorgungshof West konnte bislang kein neues Terrain gefunden werden.

Im Rahmen des Projekts Entsorgungshof Nord hätte auch die Motion Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärner, SP): „ReJob! Recycling: ökologisch - ökonomisch - sozial“ umgesetzt werden sollen. Die Abfallentsorgung kontaktierte zu diesem Zweck verschiedene Betreiber von Brockenhäusern. Zwei der angefragten Brockenhäuser zeigten Interesse am Betrieb einer Brockenstube. Im Vorfeld der Abstimmung zum Entsorgungshof Nord wurde zudem geprüft, ob Langzeitarbeitslose und andere sozial benachteiligte Personen in das Projekt integriert werden könnten.

Trotz intensiver Suche konnte bis heute kein geeignetes Terrain für den Bau eines neuen Entsorgungshofs gefunden werden. Die Suche nach Ersatzstandorten ist umso dringender, als die beiden Höfe Egelsee und Fellerstrasse in einem Gebiet liegen, in welchem das Entsorgungsgeschäft auf längere Frist nicht zonenkonform ist: Der Entsorgungshof Egelsee liegt zonenrechtlich in der Freifläche A sowie im Perimeter des Nutzungs- und Gestaltungskonzepts für den Stadtteilpark Wyssloch. Der Entsorgungshof Fellerstrasse liegt zwar in der Industrie- und Gewerbezone, das Areal soll aber gemäss Quartierplanung Stadtteil VI für Büroarbeitsplätze umgenutzt werden.

Handlungsbedarf ist nicht nur aus planungsrechtlichen, sondern auch aus betrieblichen Gründen gegeben: Zwischen 2002 und 2007 stiegen die Besucherzahlen von knapp über 100 000 auf 340 000 Personen pro Jahr an. Vor den Höfen Fellerstrasse und Egelsee bilden sich auf den öffentlichen Strassen häufig lange Autokolonnen, und in den Höfen ist vor allem an Samstagen kaum mehr eine geregelte Entsorgung möglich. Unter diesen Zuständen leidet einerseits die Betriebssicherheit, andererseits entstehen teilweise unzumutbare Arbeitsbedingungen.

Angesichts der Dringlichkeit des Vorhabens und aus Mangel an Alternativen hat der Gemeinderat deshalb vorerst entschieden, die Sanierung und betriebliche Optimierung der beiden bestehenden Entsorgungshöfe Fellerstrasse und Egelsee voranzutreiben. Er hat denn auch bereits die beiden Betriebsoptimierungsvorhaben bei den Stadtbauten Bern (StaBe) bestellt (GRB 1924 vom 10. Dezember 2008 und GRB 0126 vom 28. Januar 2009). Bei den beiden anstehenden Sanierungen handelt es sich allerdings um Betriebsoptimierungen und nicht um Betriebserweiterungen. Aufgrund bereits heute knapper Platzverhältnisse können keine weiteren Dienstleistungen darin integriert werden. Deshalb muss von der Umsetzung des Brockenhaus-Projekts abgesehen werden.

Mit der Sanierung der bestehenden Höfe soll eine kurz- und mittelfristige Lösung angestrebt werden. Parallel dazu wird die Suche nach einem geeigneten Gelände für einen Neubau fortgesetzt. Allerdings gestaltet sich die Suche aufgrund der wenigen geeigneten Terrains und deren beschränkten Verfügbarkeit zeitaufwändig. Sobald ein Terrain gefunden werden kann, wird auch das Projekt ReJOB wieder geprüft werden können. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat deshalb eine erneute Fristverlängerung zur Beantwortung der Motion um zwei Jahre.

### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zur Motion Fraktion SP/JUSO (Sabine Schärfer, SP) vom 24. Juni 2004: ReJob! Recycling: ökologisch - ökonomisch - sozial; Fristverlängerung.
2. Er verlängert die Frist zur Beantwortung der Motion um zwei Jahre, d.h. bis 31. Dezember 2011.

Bern, 16. Dezember 2009

Der Gemeinderat